

Ein Schiff wird kommen?

Deutsche maritime Optionen in der Straße von Hormus

Carlo Masala, Christian Mölling, Torben Schütz

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|--|----|
| 1 | Deutschland zwischen Wollen und Können..... | 3 |
| 2 | Deutsche Debatte: Interessen, Reflexe und mögliche Folgen..... | 4 |
| 3 | Beobachter- oder Schutzmission – Funktion und militärische Aspekte | 4 |
| 3.1 | Beobachtermission | 5 |
| 3.1.1 | Welche Kräfte | 5 |
| 3.1.2 | Durchführung..... | 5 |
| 3.2 | Schutzmission..... | 5 |
| 3.2.1 | Welche Kräfte..... | 6 |
| 3.2.2 | Durchführung..... | 6 |
| 4 | Was kann Europa leisten?..... | 6 |
| 4.1 | Politische Interessen der Europäer | 6 |
| 4.2 | EU und europäische Partner | 7 |
| 4.3 | Vorhandene und verfügbare Fähigkeiten | 9 |
| 4.4 | Militärische Führungsstrukturen und Stützpunkte | 10 |
| 5 | Empfehlungen..... | 11 |
| 6 | Annex: Methodische Hinweise - was zählen wir, und wie? | 12 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abbildung 1: Potenzielle Truppensteller für Beobachter- oder Schutzmission | 7 |
| Abbildung 2: Annahme zu Rotationen und Kräfteansatz | 12 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|--|----|
| Tabelle 1: Bestände der Marinen der EU27 und ausgewählter europäischer Partner..... | 8 |
| Tabelle 2: Verhältnis nominell vorhandener und benötigter Kräfte für eine Beobachtermission | 9 |
| Tabelle 3: Verhältnis vorhandenen Materials und geschätzten Anforderungen für eine Beobachtermission | 10 |
| Tabelle 4: Verhältnis vorhandenen Materials und geschätzten Anforderungen für eine Schutzmission | 10 |

Alle Ausrüstungsdaten basieren auf IISS Military Balance 2019 (Daten folglich mit Stand 2018).

Executive Summary

Deutschland diskutiert seit Mitte Juli über eine mögliche Beteiligung an einer maritimen Mission im Persischen Golf. Die iranische Regierung behindert gegenwärtig nachhaltig die Freiheit der Seefahrt in der Straße von Hormus. Die USA wollen mit massivem Druck und einer Marinemission darauf reagieren. Diese Eskalation findet vor dem Hintergrund des wachsenden Konflikts zwischen Washington und Teheran über das iranische Nuklearprogramm und die Machtverhältnisse im gesamten Mittleren Osten statt.

Deutschland hat ein erhebliches Interesse an der Durchsetzung des Prinzips der freien Seefahrt und am Erhalt des sog. Iran-Nuklearabkommens. Es möchte aber ebenso wie andere nicht in einen möglichen militärischen Konflikt zwischen den USA und dem Iran hineingezogen werden. Die Bundesrepublik muss also ihr Engagement für deutsche Interessen so gestalten, dass es den Iran auch weiterhin zur Einhaltung seiner zugesagten Verpflichtungen animiert.

Das Kanzleramt hat nun eine maritime Schutzmission ins Spiel gebracht und der Außenminister eine Beobachtungsmission. Einig ist man sich zudem, dass die Mission mit europäischen Partnern durchgeführt werden soll. Offen ist, welche Art von Mandaten und Aufgaben sich genau hinter den Begriffen verbergen könnten, welche Partner ein Interesse an einer Teilnahme hätten und welche Beiträge diese leisten könnten, denn nicht zuletzt ist die Leistungsfähigkeit der Marine immer wieder als Grund für die Nichtbeteiligung genannt worden.

Deutsche Rolle: Deutschland sollte zum Erhalt seines eigenen außenpolitischen Gestaltungsanspruchs und zur Wahrung seiner Interessen eine Mission mitentwickeln und sie ggf. führen. Es scheint ein allgemeines Interesse unter den europäischen Partnern zu geben, an einer solchen Mission mitzuwirken, wenn ein europäisches Land die Initiative ergreifen würde. Der für eine Mission zentrale Partner Frankreich jedoch dürfte schwer zu überzeugen sein. In Paris nimmt die Enttäuschung über das fehlende deutsche Engagement weiter zu.

Mission/Mandat: Bereits eine Beobachtungsmission kann einen gewissen sicherheitspolitischen Beitrag leisten. Doch dafür müssen Missionsmandat und Einsatzregeln den Eingriff bei Notsituationen erlauben, inklusive der Anwendung von angemessener Gewalt, auch zum Schutze anderer. Eine Mission sollte zudem einen definierten Endzustand oder Zeitpunkt haben, bei/zu dem die Operation beendet wird.

Militärische Fähigkeiten: Die EU-Marinen verfügen über hinreichende Mittel, um sowohl eine Beobachtermission oder auch eine Schutzmission durchzuführen. Die Einsetzung einer Mission wird jedoch Zeit brauchen, weil man Schiffe und andere Fähigkeiten aus bestehenden Verpflichtungen auslösen und ersetzen muss. Deutschland selbst müsste ständig mit mindestens einem Schiff an der Mission beteiligt sein. Jede neue Operation wird also zulasten bestehender Aufgaben und der Ausbildung gehen. Eine Mission würde je nach Fähigkeit zwischen 10% und 30% der maritimen Fähigkeiten Europas erfordern. Diese Schätzung berücksichtigt nicht die tatsächliche Einsatzbereitschaft – sie ist also sehr optimistisch. Der Beitrag lässt sich auch nicht beliebig erhöhen. Diese Verfügbarkeiten der Marinen sollten zudem unmittelbaren Anlass geben, den Wiederaufwuchs der Marinen zu beschleunigen.

Europäische Partner: Deutschland und die EU sollten sich bemühen, auch nicht-EU-Staaten zur Teilnahme zu gewinnen wie etwa Norwegen, Kanada, Australien oder Neuseeland. Bei Operationen im Mittleren und Nahen Osten bzw. am Persischen Golf wäre es aus Legitimitätsgründen auch zweckmäßig, arabische oder nordafrikanische Staaten um eine ggf. auch nur symbolische Beteiligung zu bitten. Darüber hinaus sollte Deutschland Großbritannien ermutigen, ein Schiff zu einer EU Mission beizusteuern.

Der Umgang mit den USA: Jede europäische Mission wird sich mit der US-geführten Initiative aufs engste koordinieren müssen. Dies bedeutet nicht, dass man Teil der US-Initiative wird. Zudem ist auch eine engere Kooperation mit der US-Initiative denkbar. Dafür sollte Deutschland zu Beginn erklären, welche Regeln für die Kooperation gelten und dass man bei einer militärischen Eskalation der USA die Zusammenarbeit beenden würde.

1 Deutschland zwischen Wollen und Können

Deutschland debattiert seit zwei Wochen über eine mögliche Beteiligung an einer maritimen Mission im Persischen Golf. Ausgelöst wurde diese Debatte durch die Anfrage Großbritanniens (am 19. Juli), ob sich Berlin, neben anderen Hauptstädten an einer Mission zum Schutz der Seewege an der Straße von Hormus zu beteiligen bereit sei.

In dieser Debatte wird das Spannungsverhältnis der deutschen Interessen sichtbar: die iranische Regierung behindert gegenwärtig nachhaltig die Freiheit der Seefahrt in der Straße von Hormus. Gleichzeitig hat Deutschland, ebenso wie andere Europäer, keinerlei Interesse daran, in einen möglichen militärischen Konflikt zwischen den USA und dem Iran hineingezogen zu werden. Die Bundesrepublik muss also die geeignete Balance zwischen einem Engagement zur Durchsetzung des Prinzips der freien Seefahrt und dem deutschen Interesse, den Iran auch weiterhin zur Einhaltung seiner im JCPOA¹ zugesagten Verpflichtungen zu animieren, finden.

Ein vorläufiges Ende fand die Diskussion, nachdem die USA ihre eigene Anfrage an Deutschland öffentlich gemacht hatten und das Vereinigte Königreich sich von Europa ab- und den USA zuwandte. Doch am 5. August konnte das Kanzleramt einer Schutzmission Einiges abgewinnen und der Außenminister persönlich hat eine Beobachtungsmission ins Spiel gebracht. Damit hat nicht nur die Bundesregierung selbst die Debatte erneut angefacht. Zum ersten Mal sind auch mögliche Aufgaben näher erläutert worden.

Deshalb können nun auch die besonderen Optionen einer maritimen Mission beleuchtet werden. Sie könnte in der komplizierten Gemengelage von Interessen und Tabus eine elegante Lösung bieten: Mit ihr könnte das deutsche Interesse an der Freiheit der Seefahrt bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines partiell kooperativen Diplomatieansatzes gegenüber dem Iran möglich werden.

Zugleich bleiben Fragen offen, die nun erörtert werden müssen: Welchen Beitrag kann Deutschland politisch und militärisch leisten – nicht zuletzt ist die Leistungsfähigkeit der Marine immer wieder als Grund für die Nichtbeteiligung genannt worden. Zudem wird diese Mission nicht ohne Partner laufen: Welche Staaten könnten diese Partner sein, weil sie Interesse an einer Mission haben und Beiträge leisten könnten? Wird es einen EU- oder einen weitergefassten europäischen Rahmen geben? Oder könnten sogar asiatische Länder daran teilnehmen?

Nicht zuletzt wird der bisherige Verlauf der Debatte wesentlichen Einfluss haben. Hier haben verschiedene Akteure ihre Begründungen für und wider einen Einsatz dargestellt und damit unweigerlich auch eine Zustandsbeschreibung der deutschen Interessen, der Schwachstellen und blinden Flecken deutscher Außen- und Sicherheitspolitik geliefert. Dieser Stand der Debatte und damit der Argumente und Interessen wird in die weitere politische Willensbildung in Berlin und anderen Hauptstädten mit einfließen.

Dieses Papier ist dabei mit Blick auf Argumente, Wissen um Partner und Auftrag als eine Momentaufnahme und Einschätzung zu verstehen. Die Autoren beabsichtigen, das Papier bei wesentlichen Veränderungen anzupassen, um Aspekte zu ergänzen, die in dieser Version zu kurz gekommen sind und dabei auch konstruktive Kritik aufzunehmen.

Dieses Papier hätte nicht ohne die unschätzbare maritime Expertise einiger Angehöriger der Bundeswehr erstellt werden können. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich!

¹ Joint Comprehensive Plan of Action, gemeinhin auch als Iran-Nuklearabkommen bezeichnet.

2 Deutsche Debatte: Interessen, Reflexe und mögliche Folgen

Im Verlauf der Debatte werden grundlegende Charakteristika und Probleme deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wie unter einem Brennglas sichtbar.

Deutsche Interessen waren nicht Ausgangs- und zentraler Referenzpunkt der Debatte: Teile der Regierungskoalition haben von Beginn an – wie in vielen Fällen zuvor - vor allem in den Vordergrund gestellt, dass sie nicht in einen militärischen Konflikt hineingezogen werden wollen. Erst später wurden deutsche Interessen, die auch im Weißbuch 2016 festgeschrieben sind, in die Debatte aufgenommen: die ungehinderte Nutzung von Transport-, Versorgungs- und Handelslinien sowie die Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung gehören zu den außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten einer vom Export abhängigen Nation wie der Bundesrepublik.

Eine Beteiligung an einer US-geführten Mission ist derzeit politisch offensichtlich undenkbar. Reflexartig hatten sich fast alle politischen Parteien im Bundestag von einer solchen Mission distanziert. Einige hatten Bedenken, dass eine Mission unter US-Führung eskalieren könnte; andere lehnten aus Gründen ab, die mit der Mission und ihren Zielen nicht in Verbindung standen - etwa die rassistischen Äußerungen des US-Präsidenten in dieser Zeit.

Deutlich wird ein wachsender Widerspruch: Deutschland hat den Anspruch eine kooperative Außenpolitik zu betreiben, die sich auf Partner stützt - gleichzeitig aber werden konkrete Kooperationsoptionen nicht genutzt, geschweige denn für Partner akzeptable Alternativen vorgeschlagen.

Die Folgen der Debatte sind für das Ansehen der Bundesrepublik im bisherigen Ergebnis dramatisch: Die Debatte um die Mission ist aus Sicht deutscher Partner ein weiterer Beweis dafür, dass die Bundesrepublik in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nur noch „bedingt“ zuverlässig ist. Sie reiht sich ein in eine negative Wahrnehmung europäischer Partner über deutsche Positionen zu Themen wie etwa dem 2% Ziel bei Verteidigungsausgaben, North Stream 2, Syrienpolitik, bis zurück zur Libyenintervention 2011.

Damit droht Deutschland sich in außen- und sicherheitspolitischen Fragen weiter zu isolieren. Einige Beobachter warnen bereits davor, dass die deutsche Debatte um ein Engagement in der Straße von Hormus das Potential für den Beginn einer Kernschmelze deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik birgt. An deren Ende könnte der weitgehende Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der Bundesrepublik, nicht nur bei den USA sondern auch bei den europäischen Partnern stehen.

3 Beobachter- oder Schutzmission – Funktion und militärische Aspekte

Derzeit ist sich die Bundesregierung noch nicht einig, welches Ziel sie mit einer Mission verfolgen möchte. Damit ist die Entscheidung noch nicht gefallen, ob es eine Beobachtermission oder eine Schutzmission für die Schifffahrt sein soll. Die Art der Mission stellt unterschiedliche Anforderungen nicht nur an die politische Führung und Aufgabenstellung, sondern auch an die militärischen Fähigkeiten, die gebraucht würden.

Aufgrund der Geografie und der Territorialgewässer ist es im Rahmen einer Beobachtungsmission nicht möglich, den inneren Teil der Straße von Hormus (SoH) genau und dauerhaft zu überwachen. Die Präsenz der Missionskräfte ist dafür zu weit entfernt oder, auf einzelne Transitpassagen von Kriegsschiffen beschränkt, vor Ort zu sporadisch. Schutzoperationen sind im Bereich der Territorialgewässer aufgrund des Seerechts nur sehr eingeschränkt möglich, wobei diese Untersuchung auf die Beurteilung der rechtlichen Grenzen verzichtet. Symbolisch könnten sowohl Beobachtung als auch Geleit auf den inneren Persischen Golf ausgedehnt werden, wobei damit nur eine sehr eingeschränkte Wirkung zu erwarten ist.

Eine zentrale Rolle spielt die Bedrohung, der sich die Mission gegenübersteht, unabhängig davon, ob es eine Beobachtungs- oder Schutzmission ist. Unsere Überlegungen gehen von der Annahme aus, dass die beteiligten Kräfte nicht von iranischer Seite angegriffen werden. Trotzdem müssen sie in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen. Wir nehmen für unsere Aussagen an, dass die Mission bei einer Verschärfung der Lage abgebrochen wird. Aus diesen Gründen betrachten wir auch keine

Minenräummission². Das entspricht dem restriktiven Ansatz dieser Untersuchung, die auf das operationelle Minimum ausgerichtet ist, das für eine sichtbare und sinnvolle EU-Mission erforderlich ist. In einem alternativen Szenario würde der Ansatz für die Kräfte erheblich in die Höhe gehen.

3.1 Beobachtermission

Eine Beobachtermission hätte zum Ziel deeskalierend zu wirken, indem sie das örtliche Geschehen beobachtet, so Rechtsverletzungen dokumentiert und das Verhalten der Parteien der UN und der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis bringt.

3.1.1 Welche Kräfte

Wir schätzen, dass für einen solchen Einsatz folgende Kräfte mindestens erforderlich sind:

- fünf Fregatten oder Zerstörer mit Bordhubschraubern, davon ein Führungsschiff,
- drei Seefernaufklärer,
- ein bis zwei Versorger/Tanker.

Eine solche Mission benötigt vor allem Kräfte zur Aufklärung von See und aus der Luft. Das zu beobachtende Seegebiet definiert dabei den Umfang der Mission. Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich auf die Straße von Hormus und ihre direkte Umgebung, weil das politische Ziel der Einhaltung des Seerechts vor allem dort herausgefordert ist.

Zudem bestimmt die Geografie die Einsatzbedingungen: Die SoH ist eine Meerenge in den Hoheitsgewässern Irans und Omans. Dort ist Kriegsschiffen nur die Transitpassage mit passiver³ Beobachtung und ggfs. Nothilfe⁴ gestattet. Deshalb wäre die Beobachtermission im Wesentlichen außerhalb der SoH einzusetzen. Hinzu käme die gelegentliche Passage der Kriegsschiffe, die zur Mission gehören. Diese Einschränkung gilt gleichermaßen für militärische Flugzeuge für den Luftraum direkt über dem Gebiet.

Fregatten wären das Mittel der Wahl, da sie mit Bordhubschraubern und ihre sonstigen Sensoren über geeignete Aufklärungsfähigkeiten verfügen., Sie sind durch Seefernaufklärer zu ergänzen.⁵

3.1.2 Durchführung

Die Missionsschiffe operieren außerhalb der Hoheitsgewässer Irans und Omans und würden durch ein Versorgungsschiff unterstützt. Eine Fregatte sollte etwa alle fünf Tage auf See versorgt werden. Sie sollte außerdem alle zwei bis drei Wochen einen Hafen anlaufen. Dafür braucht man Absprachen mit Anrainerstaaten, jedoch nicht unbedingt ein Abkommen. Seefernaufklärer hingegen brauchen eine Basis. Das erfordert eine feste Übereinkunft mit dem jeweiligen Staat, um sie einsetzen zu können.

In der Operation wäre stets je ein Schiff an den beiden Ausgängen der SoH im Einsatz. Die Seefernaufklärer klären im internationalen Luftraum mit weitem Blick in die SoH auf. Die übrigen Schiffe begleiten Tanker, zeigen Präsenz im erweiterten Seegebiet oder frischen im Hafen auf.

Der Verband kann entweder von Bord oder alternativ aus einem Land-HQ geführt werden. Dort wird zugleich das Lagebild zusammengefasst, das das Produkt dieser Operation darstellt.

3.2 Schutzmission

Geht es um den Schutz der Schifffahrt, ist das mögliche Einsatzspektrum erheblich breiter. Dabei muss das Seegebiet, in dem der Schutz gilt, genauer beschrieben werden. Die Mission kann sich auf den Schutz der Schiffe der Teilnehmerstaaten beschränken oder die Freiheit der Seefahrt für alle anstreben. Höchster Anspruch wäre, das Seerecht grundsätzlich durchzusetzen.

Mit Blick auf die Gefährdungen gehen unsere Schätzungen von dem am engsten begrenzten Fall aus: Dabei wären einzelne Schiffe oder kleine Gruppen von Schiffen durch eine Gefahrenzone zu begleiten. Sie sind vor Angriffen kleiner Boote und kleiner unbemannter Luftfahrzeuge (Drohnen) zu schützen.

² Die Fähigkeiten des Iran, mit Seestreitkräften, Minen und landgestützten Flugkörpern die SoH zu sperren, sind beträchtlich.

³ Passive Beobachtung heißt durchfahren und mit den ohnehin laufenden Sensoren beobachten. Kein Hubschrauber oder Drohneneinsatz, keine Feuerleitradars.

⁴ Hilfe, wenn jemand angegriffen wird, ist immer erlaubt.

⁵ Zusätzliche Fernmeldeaufklärung und Beiträge nationaler Nachrichtendienste werden nicht betrachtet.

3.2.1 Welche Kräfte

Wir schätzen, dass für einen solchen Einsatz folgende Kräfte mindestens erforderlich sind:

- fünf Fregatten oder Zerstörer mit bewaffneten Bordhubschraubern, davon ein Führungsschiff,
- Ergänzend zwei Korvetten,
- drei Seefernaufklärer,
- ein bis zwei Versorger/Tanker,
- Vessel Protection Teams (VPT),
- Ein Force Headquarters⁶ im Einsatzgebiet.

Damit wäre der für diesen Einsatz erforderliche Verband ähnlich zusammengesetzt aber etwas umfangreicher als der für die Beobachtermision. Für diese Mission braucht man Kampfschiffe (Zerstörer, Fregatten, Korvetten), bewaffnete Hubschrauber und natürlich ein Lagebild. Wesentliche zusätzliche Anforderungen sind Vessel Protection Teams (VPT) und die Bewaffnung der Hubschrauber. Die VPT werden auf den zu schützenden Schiffen eingeschifft, um das Kapern durch Boardingteams wie beim britischen Tanker ‚Stena Impero‘ zu verhindern.

Die genaue Anzahl der benötigten Schiffe hängt davon ab, wie groß der Bedarf an Geleit ist. Wie bei der Beobachtermision sollte die Mindestzahl fünf betragen, werden es mehr, steigt zugleich der Bedarf an Versorgungsschiffen.

3.2.2 Durchführung

Wir nehmen an, dass ein einzelnes Kriegsschiff bis zu drei Schiffe geleiten kann. Größere Gruppen müssen von mehreren Kriegsschiffen begleitet werden. Dabei wird jeweils davon ausgegangen, dass bewaffnete Hubschrauber zur Verfügung stehen und auf jedem Handelsschiff ein VPT eingeschifft ist.

Das HQ muss zusätzlich zur Beobachtungsmission die Zusammenarbeit mit der Schifffahrt koordinieren, Geleite zusammenstellen und die Verbringung der VPT organisieren. Deshalb erscheint die Stationierung in einem Hafen oder an Land sinnvoll.

4 Was kann Europa leisten?

Deutschland strebt eine Mission mit europäischen Partnern an. Dabei ist der genaue Rahmen noch nicht geklärt. Sie könnte als EU-Mission (EUNAVOR) im politischen Rahmen der EU angesiedelt werden oder als Ad-Hoc Koalition die im Wesentlichen europäische Partner beinhaltet, die aber nicht Mitglied der EU sein müssen.

Deshalb stellt sich die Frage, ob die EU-Staaten oder eine Koalition einen solchen Einsatz mit ihren Mitteln überhaupt leisten könnten. Gerade die deutsche Marine ist, wie es inzwischen fast täglich diskutiert wird, an der Grenze dessen, was sie an Einsätzen bewältigen kann. Ihr und anderen europäischen Marinen fehlt vor allem die Zeit für anspruchsvolle Ausbildung, weil sie seit nunmehr fast drei Jahrzehnten in Auslandseinsätzen gebunden und dabei zahlenmäßig immer weiter geschrumpft sind.

Die folgenden Seiten zeigen, dass es offensichtlich nicht nur ein politisches Interesse bei den Europäern gibt. Die EU-Marinen verfügen grundsätzlich über hinreichende Mittel, um sowohl eine Beobachtermision oder auch eine Schutzmission durchzuführen. Die Größe der skizzierten Operationen erlaubt jenseits reiner Symbolik einen Beitrag zur maritimen Sicherheit. Dieser lässt sich aber nicht beliebig erhöhen: Die Mittel sind in der Regel in vielen anderen Verpflichtungen gebunden, darunter Einsätze und NATO-Verbände. Jede neue Operation wird also zulasten bestehender Aufgaben und der Ausbildung gehen.

4.1 Politische Interessen der Europäer

Die politischen Interessen in vielen europäischen Staaten decken sich im Prinzip mit denen Deutschlands. Viele Staaten haben ein Interesse an der Durchsetzung des Prinzips der Freien Seefahrt und der sicheren Handelswege. Zudem sehen sie die Lage am Golf mit Sorge und wünschen sich eine Deeskalation. Gleichzeitig verspüren sie den wachsenden Druck aus den USA, einen Beitrag für ihre Sicherheit über die Beteiligung im Golf zu leisten. Deshalb laufen trotz des Ausstieges der Briten die

⁶ Ein FHQ entsprechend der militärischen Organisation der EU.

Gespräche in einzelnen europäischen Hauptstädten weiter. Am 8. August etwa hat Schweden seine Bereitschaft erklärt, an einer maritimen Mission mitzuwirken.

Allein jedoch können die einzelnen Staaten keine sinnvollen Beiträge leisten. Es fehlt derzeit ein Akteur, der eine europäische Mission initiiert, zusammensetzt und dann auch führt. Viele Europäer hätten sich gern der britischen Mission angeschlossen oder haben dies zumindest erwogen. Gleichzeitig ist der Problemdruck nicht so groß oder sind die Länder bereits so stark in anderen maritimen Operationen eingebunden, dass Länder wie Italien derzeit nicht die politische Kraft für eine Führungsrolle aufbringen.

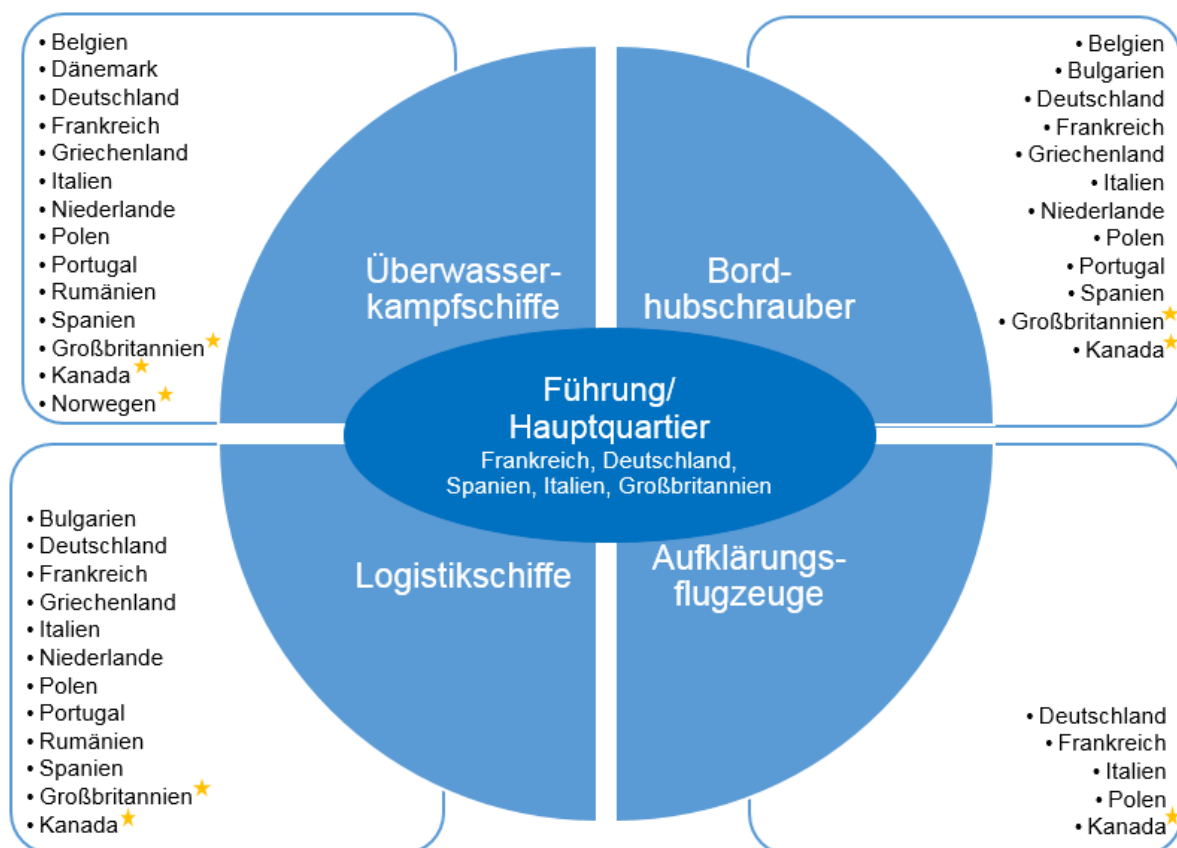
Eine neue Initiative aus Berlin oder/und Paris wäre deshalb willkommen – nicht zuletzt, weil die einzige Alternative sonst die Beteiligung an der US-Mission wäre.

4.2 EU und europäische Partner

Potenzielle Teilnehmer an einer EU-/europäischen maritimen Mission gibt es hinreichend, wie aus Abbildung 1 hervorgeht. Aus 13 von 27 EU Staaten könnten Beiträge in Form von Schiffen oder Flugzeugen kommen, ebenso aus den drei betrachteten Partnerstaaten Großbritannien, Kanada, und Norwegen. Beide Missionstypen (sowohl Beobachter- als auch Schutzmission) könnten Einheiten von fast allen 13 Staaten nutzen. Schweden kommt mit Korvetten nur als Truppensteller in einer Schutzmission hinzu,⁷ andere Länder, darunter die Balten und Österreich, könnten VPT stellen und sich an den Führungsstäben beteiligen.

Gleichzeitig verdeutlicht die Abbildung 1 bereits, dass es Bereiche gibt, die von nur wenigen Staaten abgedeckt werden können: Seeaufklärer und Führungsstrukturen können nur fünf Staaten stellen. Das bedeutet, dass ohne Beiträge aus diesen Staaten keine Mission möglich ist.

Abbildung 1: Potenzielle Truppensteller für Beobachter- oder Schutzmission



⁷ Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die hier aufgeführten Einheiten über unterschiedliche Fähigkeiten verfügen und daher nur für diese eher grobe Übersicht als funktional gleichwertig angesehen werden können. So verfügen z.B. nicht alle betrachteten Logistikschiße über die Fähigkeit auf See zu versorgen (replenishment at sea, RAS).

Die Zusammensetzung der beitragenden Staaten hat auch Rückwirkungen auf die für eine Mission verfügbare Masse an Fähigkeiten. Das kann ein Anreiz sein, nicht-EU-Staaten einzubinden, weil damit mehr Fähigkeiten zur Verfügung stünden (in der obenstehenden Abbildung mit einem Stern markiert). Eine Beteiligung von weiteren NATO-Staaten wie Kanada, Großbritannien und Norwegen hätte wie aus Tabelle 1 hervorgeht, einen entlastenden Effekt über alle Fähigkeiten hinweg.

Wenn es den EU-Staaten wichtig wäre, ein politisches Signal zur Handlungsfähigkeit der EU zu setzen, und deshalb eine EU-Mission mit EU-Fähigkeiten zu beschließen, dann müssten die EU Staaten eine höhere Belastung in Kauf nehmen.

Tabelle 1: Bestände der Marinen der EU27 und ausgewählter europäischer Partner⁸

| Staat | Überwasserkampfschiffe | Hubschrauber | Logistikschiße | Seeaufklärer |
|--|------------------------|--------------|----------------|--------------|
| Belgien | 2 | 7 | | |
| Bulgarien | 4 | 2 | 2 | |
| Dänemark | 3 | | | |
| Frankreich | 30 | 83 | 3 | 12 |
| Deutschland | 14 | 43 | 9 | 8 |
| Griechenland | 18 | 18 | 3 | |
| Italien | 17 | 47 | 3 | 3 |
| Niederlande | 6 | 12 | 1 | |
| Polen | 3 | 19 | 2 | 10 |
| Portugal | 7 | 5 | 1 | |
| Rumänien | 7 | | 1 | |
| Spanien | 11 | 28 | 2 | |
| Schweden | 5 | | | |
| Summe EU27 | 127 | 264 | 27 | 33 |
| Kanada ⁹ | 6 | 13 | 1 | 9 |
| Norwegen | 4 | | | |
| Großbritannien | 19 | 58 | 7 | |
| Summe EU27 + GB + NOR + KAN | 156 | 335 | 35 | 42 |
| Prozentualer Mehrwert Systeme durch Beteiligung | 23% | 27% | 30% | 27% |

⁸ Hier inklusive Schiffe die vor allem für die Schutzmission, weniger für die Beobachtermission in Frage kommen, insbesondere Korvetten sowie größere Überwasserkampfschiffe wie Fregatten und Zerstörer ohne Hubschrauberhangar.

⁹ Im Falle Kanadas wird die Hälfte der vorhandenen Systeme als vorrangig pazifische Kräfte betrachtet und daher hier nicht mitberücksichtigt.

4.3 Vorhandene und verfügbare Fähigkeiten

Die Anforderungen bei der Ausrüstung unterscheiden sich bei den Missionstypen nicht erheblich. Vergleicht man die vorhandene Ausrüstung mit dem, was gebraucht wird, dann könnten auf den ersten Blick beide Missionstypen von den 27 EU Staaten¹⁰ bestückt werden. Tabelle 2 zeigt am Beispiel der Beobachtermission¹¹, dass weniger als 10% der nominellen Größe der EU Marinen in einer solchen Mission zum Einsatz kämen.

Tabelle 2: Verhältnis nominell vorhandener und benötigter Kräfte für eine Beobachtermission

| | Überwasserkampfschiffe (mit Hubschrauberhangar) | Hubschrauber | Logistikschiffe | Seeaufklärer |
|--|--|--------------|-----------------|--------------|
| Bedarf für die Mission | 5 | 7 | 2 | 3 |
| Vorhanden in der EU | 93 | 264 | 27 | 33 |
| Anteil Missionsbedarf an Gesamtbestand EU27 Marinen | 5% | 3% | 7% | 9% |

Doch dürfen die auf den ersten Blick sehr positiv aussehenden Zahlen¹² nicht über Faktoren einer solchen Mission hinwegtäuschen, die die Anzahl an tatsächlich zur Verfügung stehenden Einheiten massiv reduzieren. Drei möchten wir an dieser Stelle hervorheben:

- Erstens: Kein Schiff ohne Aufgabe. Die Schiffe sind bereits langfristig für Operationen, Übungen und Ausbildung eingeplant. Für den Einsatz von Einheiten für die hier betrachtete Operation müssten die Regierungen also in die bereits bestehenden Planungen eingreifen und diese ändern.
- Zweitens erfordert ein längerer Einsatz die Rotation der im Einsatz stehenden Einheiten nach vier bis sechs Monaten im Einsatzgebiet. Sowohl Besatzungen als auch die meisten Schiffe benötigen dann eine Unterbrechung des Einsatzes zur Regeneration und Wartung. Nur wenige Schiffstypen, wie die neue deutsche Fregatte F-125, sind für längere Standzeiten und mehrere, am Einsatzort wechselnde Besatzungen, konzipiert. Damit erhöht sich die Anzahl an erforderlichen Kräften bei längeren Missionen erheblich. In dieser Betrachtung wird mit einer Einsatzdauer von eineinhalb Jahren gerechnet, was ungefähr eine Verdreifachung der benötigten Kräfte nach sich zieht (z.B. 15 Überwasserkampfschiffe statt fünf).
- Drittens nimmt Tabelle 2 eine Einsatzbereitschaft von 100% für alle vorhandenen Einheiten an. Das ist in der Realität nicht zu erreichen, da z.B. stets Systeme in Wartung und Instandsetzung sind. Unfälle und Schäden können zudem zu ungeplanten Ausfällen führen. Aus zusammengetragenen Schlaglichtern lässt sich eine Spanne der Einsatzbereitschaft von Schiffen in Europa zwischen 30% und 70% annehmen. Diese Faktoren gelten, wenngleich auch mit anderen Werten, natürlich auch für die Bordhubschrauber, Aufklärungsflugzeuge und Versorgungsschiffe.

¹⁰ Großbritannien ist zwar noch Mitglied der EU, wird in diesen Betrachtungen jedoch nicht mehr hinzugezählt. Hieraus ergibt sich die Bezeichnung EU27.

¹¹ Fünf Überwasserkampfschiffe (hier Zerstörer oder Fregatten) mit Hubschrauberhangar (um möglichst weiträumige Aufklärung zu gewährleisten), somit etwa sieben Bordhubschrauber, zwei Logistikschiffe zur Versorgung der eingesetzten Kampfschiffe sowie drei Seeaufklärer. Dabei wird sowohl hier wie auch für eine Schutzmission angenommen, dass die lokale Führung des Einsatzes durch einen Stab auf einem der Überwasserkampfschiffe gewährleistet wird.

¹² Bezieht sich auf das Verhältnis der Zahlen in Zeilen 1 und 2 bzw. in Tabelle 2.

Bezieht man nur den ersten und zweiten Punkt mit ein, dann ergibt sich darauf, dass a) die Einsetzung einer Mission Zeit braucht, weil man Schiffe und andere Fähigkeiten aus bestehenden Verpflichtungen auslösen und ersetzen muss; b) dass die geschätzte Belastung des europäischen Fähigkeitenpools, je nach Fähigkeit, eher zwischen 10 und 30% liegt (Tabelle 3), für eine Schutzmission noch etwas höher (Tabelle 4). Diese Schätzung ist angesichts des dritten Faktors, der Einsatzbereitschaft, sehr positiv.

Tabelle 3: Verhältnis vorhandenen Materials und geschätzten Anforderungen für eine Beobachtermission

| | Überwasserkampfschiffe (mit Hubschrauberhangar) | Hubschrauber | Logistikschiffe | Seeaufklärer |
|--|--|--------------|-----------------|--------------|
| Bedarf für die Mission | 5 | 7 | 2 | 3 |
| Vorhanden in der EU | 93 | 264 | 27 | 33 |
| Rotationen | 3 | 3 | 3 | 3 |
| Bedarf unter Einbeziehung der Rotationen | 15 | 21 | 6 | 9 |
| Anteil Missionsbedarf an Gesamtbestand EU27 Marinen | 16% | 8% | 22% | 27% |

Die Schutzmission erfordert, wenngleich auch in begrenztem Umfang, weitere Kräfte, insbesondere weitere Überwasserkampfschiffe zum Geleit von zivilen Schiffen sowie mehr Hubschrauber und Versorgungsschiffe. Gleichzeitig können hier aber auch andere Einheiten für Geleitschutz eingesetzt werden, wie z.B. Korvetten sowie Fregatten und Zerstörer ohne Bordhubschrauberhangar. Das erhöht die Grundgesamtheit der in den EU27 vorhandenen und einsatzfähigen Kriegsschiffe für diesen Typ Mission.

Zudem sollte bei einer solchen Operation zusätzlich zur lokalen schwimmenden Führungsstruktur ein landbasiertes Hauptquartier zur Führung der Mission zur Verfügung stehen. Hierfür kommen in der EU nur Hauptquartiere aus Spanien, Italien oder Frankreich in Frage (Großbritannien wurde aufgrund des Brexits nicht mehr berücksichtigt). Zuletzt benötigt eine Schutzmission Kräfte die als Schutz an Bord von zivilen Schiffen positioniert werden können (Vessel Protection Teams). Annahme hier ist, dass diese von nahezu allen Staaten ohne Probleme gestellt werden können – es gibt also kein nennenswertes Problem mit knappen Fähigkeiten.

Tabelle 4: Verhältnis vorhandenen Materials und geschätzten Anforderungen für eine Schutzmission

| | Überwasserkampfschiffe | Hubschrauber | Logistikschiffe | Seeaufklärer |
|--|------------------------|--------------|-----------------|--------------|
| Bedarf für die Mission | 7 | 14 | 3 | 4 |
| Vorhanden in der EU | 127 | 264 | 27 | 33 |
| Rotationen | 3 | 3 | 3 | 3 |
| Bedarf unter Einbeziehung der Rotationen | 21 | 42 | 9 | 12 |
| Anteil Missionsbedarf an Gesamtbestand EU27 Marinen | 17% | 16% | 33% | 36% |

4.4 Militärische Führungsstrukturen und Stützpunkte

Eine EU-Mission wird in der Regel von einem Operational Headquarters (OHQ) in einem der Mitgliedsstaaten und einem Force HQ (FHQ) vor Ort geführt. Das deutsche OHQ wäre Ulm. Hier gibt es jedoch nur geringe Erfahrung mit Marineoperationen. Es bleiben drei EU Staaten und das Vereinigte Königreich, die einsetzbare maritime HQ stellen könnten: Das spanische OHQ führt seit Frühjahr 2019 die EU-Mission Atalanta, Italien führt die Mission Sophia, Frankreich führt derzeit keine maritime Mission. Es könnte also die die Rolle des OHQ übernehmen. Dies scheint Paris auch derzeit anzubieten.

Beide Missionstypen müssten vorrangig auf die Basen von Partnerstaaten oder befreundeten Staaten vor Ort zurückgreifen, um ihre Schiffe warten und die Flugzeuge betreiben zu können. Dazu zählen neben denjenigen von regionalen Partnern die US- und britischen Basen in Bahrain, die französische Basis in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder, etwas weiter entfernt, die französische Basis in Djibouti, wo auch Deutschland einen einfachen Abstützpunkt betreibt.

5 Empfehlungen

Berlin sollte zum Erhalt seines Gestaltungsanspruchs und zur Wahrung seiner Interessen eine Mission mitentwickeln und sie ggf. führen. Es könnte sonst am Ende ohne Partner und Einfluss dastehen: Die derzeitigen Entwicklungen legen nahe, dass es eine US-Mission geben wird. Dem könnten sich europäische Partner anschließen wollen, um ihre Interessen zu sichern - vor allem wenn es keine Alternative gibt. Gleichzeitig gibt es erste Anzeichen, dass Russland und China eine eigene Mission starten könnten und damit selbst Gestaltungsanspruch nicht nur anmelden, sondern umsetzen. Eine EU-/europäische Mission mag nun spät kommen, aber sie kann die willkommene Alternative für viele Europäer sein, die sich ungern an der US-Mission beteiligen möchten. Zudem könnte Deutschland seinen angeschlagenen außen- und sicherheitspolitischen Ruf verbessern, wenn es die Initiative übernimmt, die mittlerweile gewachsenen Zweifel der Partner erfolgreich überwindet und eine Mission dann sogar führen würde. Dass es zu einer solchen Leistung fähig ist, hat es 2006 gezeigt, als es die Marinekomponente für UNIFIL auf die Beine stellte.

Mission/Mandat: Bereits eine Beobachtungsmission kann einen gewissen sicherheitspolitischen Beitrag leisten. Doch dafür müssen Missionsmandat und Einsatzregeln die Möglichkeit einer „Srebrenica-Paralyse“ vermeiden: Eine Beobachtungsmission, die nicht befugt ist einzugreifen, wenn etwas passiert, ist in jedem Fall zu vermeiden. Stattdessen muss das Mandat die Anwendung von angemessener Gewalt zum Schutze anderer ermöglichen. Dies dient auch dem Schutz des Verbandes selbst. Ein zu restriktives Mandat könnte einen Anreiz setzen, die Europäer vorzuführen und sie als Abhängige der USA darzustellen, wenn sie im Falle einer Eskalation nur die US-Verbände informieren oder gar um Hilfe bitten müssten. Eine Mission sollte zudem einen definierten Endzustand oder Zeitpunkt haben, bei/zu dem die Operation beendet wird.

Fähigkeiten und deutsche Beiträge: Die Verfügbarkeiten der Marinen sollten unmittelbaren Anlass zur Sorge geben. Der begonnene Wiederaufwuchs der Marine muss dahingehend überprüft werden, ob und wie er beschleunigt werden kann. Wenn Deutschland mitmacht, muss es ständig mit mindestens einem Schiff präsent sein. Das geht natürlich zu Lasten anderer Aufgaben, nicht zuletzt der Ausbildung in den high end Bereichen, die Deutschland in den bisherigen Einsätzen des Internationalen Krisenmanagements (IKM) teilweise verlernt hat.

Europäische und weitere Partner: Deutschland und die EU sollten sich bemühen, auch nicht-EU-Staaten zur Teilnahme zu gewinnen wie etwa Norwegen, Kanada, Australien oder Neuseeland. Bei Operationen im Mittleren und Nahen Osten bzw. am Persischen Golf wäre es aus Legitimitätsgründen auch zweckmäßig arabische oder nordafrikanische Staaten um eine ggf. auch nur symbolische Beteiligung zu bitten.

Darüber hinaus sollte Deutschland Großbritannien ermutigen, ein Schiff zu einer EU-Mission beizusteuern. Zwar hat sich London der amerikanischen Initiative angeschlossen, dennoch könnte es ein deutsches und britisches Interesse im Vorgriff auf Brexit geben, die EU nicht ohne Beteiligung Großbritanniens eine solche Mission durchführen zu lassen. Eine britische Beteiligung könnte wiederum als eine Art Blaupause für die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien nach dem Brexit dienen.

Der Umgang mit den USA: Eine integrierte Mission mit den USA ist derzeit weder in Berlin noch in anderen Hauptstädten politisch denkbar. Gleichzeitig kann kein europäischer Staat sein Engagement in der Region bedenken, ohne die USA, deren Mission und deren Konflikt mit dem Iran in die eigenen Überlegungen einzubeziehen. Deshalb wird sich jede europäische Mission mit der US-geführten Initiative aufs engste koordinieren müssen. Dies bedeutet nicht, dass man Teil der US-Initiative wird. Zudem ist auch eine engere Kooperation mit der US-Initiative denkbar. Dafür könnte Deutschland zum Beispiel vorab erklären, dass es an keiner Aktion teilnehmen wird, die über den Geleitschutz der durch die SoH fahrenden Schiffe und ggf. deren militärischen Schutz hinausgehen. Sollte die USA gegen den Iran militärisch eskalieren würde die Deutsche Marine ihre Zusammenarbeit mit der amerikanischen Initiative sofort abbrechen.

6 Annex: Methodische Hinweise - was zählen wir, und wie?

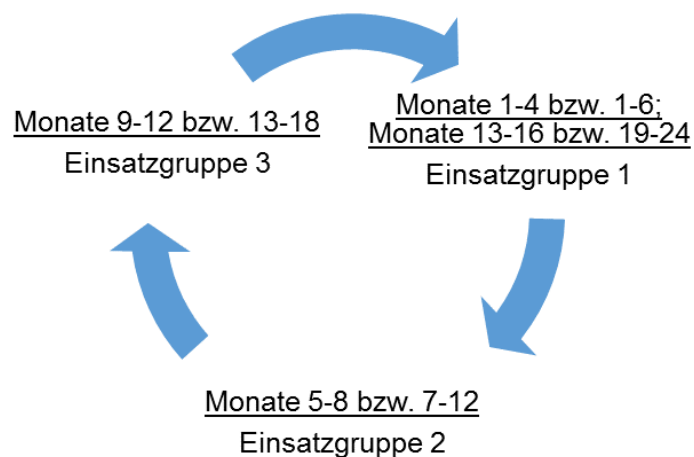
Annahmen und Schätzungen sind die Grundlage für einige zentrale Aussagen des Textes. Dieses Vorgehen ist üblich, vor allem, wenn Werte nicht öffentlich verfügbar sind und die Annahmen transparent gemacht werden.

Zahlreiche Annahmen haben wir im Text bereits offengelegt. Die Anmerkungen hier beziehen sich im Wesentlichen auf die Schätzungen in Kapitel 4.

Die Klassifizierung der in die Zählung eingeflossenen Schiffe wurde vom International Institute for Strategic Studies übernommen, da nationale Klassifizierungen sich unterscheiden. Das IISS nutzt in seinem Standardwerk zu militärischen Kräften, der Military Balance, Verdrängung als Klassifizierungsmaßstab von Schiffen.

Die Rotation von Kräften wurde mit einer Standzeit von vier bis sechs Monaten berechnet und auf eineinhalb Jahre Missionsdauer begrenzt. Sowohl Besatzungen als auch die meisten Schiffe benötigen dann eine Unterbrechung des Einsatzes zur Regeneration und Wartung. Nur wenige Schiffstypen, wie die neue deutsche Fregatte F-125, sind für längere Standzeiten und mehrere, am Einsatzort wechselnde Besatzungen, konzipiert. Zudem wurde angenommen, dass die Kräfte des ersten Einsatzes auch die vierte Rotation stellen, d.h. jeweils zwei Zeiträume für Rückführung aus Einsatz, Wartung und ggf. Training und Ausbildung hinreichend sind.¹³

Abbildung 2: Annahme zu Rotationen und Kräfteinsatz



Bei der Betrachtung der Beobachtermission sind nur Schiffe mit Bordhubschrauberhangar berücksichtigt worden. Bei der Schutzmission wiederum wurden auch andere hochseetüchtige Kriegsschiffe (hier: Korvetten) und andere Überwasserkampfschiffe (Zerstörer, Fregatten) ohne Hubschrauberhangar miteinbezogen. In der Entwicklung der Anforderungen beider Missionstypen wurde mit der Annahme von ein bis zwei Hubschraubern pro Überwasserkampfschiff gearbeitet.

Als Hubschrauber wurden den jeweiligen Marinen zugeordnete Hubschrauber gezählt, unter Berücksichtigung der Rollen U-Jagd, Mehrzweckhubschrauber und Search and Rescue (SAR). Als Bewaffnung werden schwere Maschinengewehre angenommen, die zur Bekämpfung von kleinen Booten geeignet sind. Als Starrflügler zu Aufklärungszwecken wurden sowohl Seeaufklärer wie auch U-Jagdflugzeuge miteinbezogen. Die für den Einsatz in Frage kommenden Versorgungsschiffe umfassen sowohl Tanker als auch Mehrrollen-Einsatzversorger (wie z.B. die deutschen Einsatzgruppenversorger der Berlin-Klasse). Es wird angenommen, dass die in der Datenbasis aufgeführten Versorgungsschiffe zur Versorgung in See geeignet sind.

¹³ Eine gängige Annahme, siehe z.B. auch IISS/DGAP (2018): "Protecting Europe - Meeting the EU's military level of ambition in the context of Brexit", Berlin/London, S.43.